

Statistischer Rückblick auf die wirtschaftliche Lage 1974

Für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland brachte das Jahr 1974 empfindliche Rückschläge. Der Konjunkturabschwung, der bereits im zweiten Halbjahr 1973 eingesetzt hatte, verstärkte sich im Jahresverlauf 1974 derartig, daß das reale Bruttosozialprodukt nur noch um 0,4% über dem vergleichbaren Wert für 1973 lag. Der Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums zeigt sich besonders deutlich an den Halbjahreswerten: Die Zuwachsraten der beiden Halbjahre 1973 von 6,1% bzw. 4,5% schwächten sich erheblich auf 1,3% im ersten und sogar -0,5% im zweiten Halbjahr 1974 ab. Damit kam es erstmals seit 7 Jahren zu einem absoluten Rückgang des Bruttosozialprodukts, der allerdings die Ausmaße des Konjunktüreintruchs vom ersten Halbjahr 1967 nicht erreichte.

Auch die Angaben in jeweiligen Preisen weisen 1974 ein geringeres Wachstum des Bruttosozialprodukts auf als 1973. Der Wert aller erzeugten Güter und Dienstleistungen stieg zwar von 930,3 Mrd. DM auf 995,5 Mrd. DM; die Anstiegsrate betrug damit aber nur noch 7,0% gegenüber 11,5% in 1973. Im Gegensatz zu den realen Werten verlief die Entwicklung im Jahresverlauf unter dem Einfluß der Preissteigerungen konträr. So machte der Anstieg im 2. Halbjahr 7,4% aus nach 6,6% in den ersten sechs Monaten des Jahres. Wie der Unterschied zwischen nomineller und realer Rechnung verdeutlicht, waren die Preissteigerungen im Jahr 1974 wiederum erheblich. Die wirtschaftliche Leistung hat sich, gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts, um 6,5% verteuert (1973: 6,0%). Wesentlich stärker gestiegen sind allerdings die Preise für die Güter der letzten inländischen Verwendung, also für Verbrauch und Investitionen, worauf noch weiter einzugehen ist.

Das Bruttosozialprodukt wurde von rund 26,2 Millionen Erwerbstätigen erwirtschaftet. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang der Erwerbstätigenzahl um 1,8%. Zwei Faktoren, nämlich die rückläufige Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer einerseits als auch die Zunahme der Arbeitslosenzahl andererseits, wirkten dabei in dieselbe Richtung. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sich auch 1974 die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen weiter vermindert hat, lag der Produktivitätszuwachs je Erwerbstätigenstunde mit 3,5% wiederum über dem Produktivitätszuwachs je Erwerbstätigen (+2,5%).

Da die an das Ausland gezahlten Erwerbs- und Vermögenseinkommen 1974 wesentlich stärker zunahmen als umgekehrt die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die aus der übrigen Welt an Inländer gezahlt wurden, ist das reale Bruttoinlandsprodukt mit 0,6% sogar etwas stärker gestiegen als das Bruttosozialprodukt. Zu der insgesamt mäßigen Entwicklung trugen in erster Linie das warenproduzierende Gewerbe sowie der Bereich Handel und Verkehr mit nur schwachem realen Wachstum bei. Die preisbereinigten Ergebnisse bei den Dienstleistungen, den privaten Haushalten, den Organisationen ohne Erwerbscharakter und beim Staat stellen sich demgegenüber wesentlich günstiger dar; am besten schnitt mit einer realen Steigerung von 7,5% die Land- und Forstwirtschaft ab.

In jeweiligen Preisen ausgedrückt erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 7,2%, woran alle großen Wirtschaftsbereiche beteiligt waren. Überproportionale Wachstumsraten wiesen außer dem zusammengefaßten Bereich Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter der Sektor Handel und Verkehr sowie die Dienstleistungsunter-

nehmen auf. Schwächer als das Bruttoinlandsprodukt entwickelten sich dagegen das warenproduzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft. Die Ergebnisse des Vorjahres wurden allerdings in keinem Bereich auch nur annähernd erreicht.

Die nominell schwächste (+3,0%), real jedoch stärkste Zunahme (+7,5%) wurde für die Land- und Forstwirtschaft registriert. Ausschlaggebend war die Entwicklung im Bereich Landwirtschaft; in etwa gleichgebliebene Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte trugen entscheidend zur Verbilligung der wirtschaftlichen Leistung des Gesamtbereichs bei. Beim warenproduzierenden Gewerbe schlug vor allem die Situation im Baugewerbe negativ zu Buche. In diesem Teilbereich wurden ein realer Rückgang um 7% und eine nominelle Einbuße von 3% registriert. Die schwache Nachfrageentwicklung bei den Verbrauchsgüterindustrien und die seit der Jahresmitte spürbar zurückgegangene Nachfrage nach Investitionsgütern führten dazu, daß für das gesamte warenproduzierende Gewerbe nur noch nominell ein geringer Zuwachs von 4% errechnet wurde und real ein Rückgang von 1,5% hingenommen werden mußte. Erheblich niedriger als in den Vorjahren lag auch die Zuwachsrate beim Handel. In konstanten Preisen betrug hier die Wachstumsrate nur noch 0,5%. Beim Verkehr (einschließlich Nachrichtenübermittlung) wurde gleichzeitig ein real um 2,5% höheres Ergebnis als im Vorjahr erzielt. Der Sektor Nachrichtenübermittlung schnitt dabei mit real +4% und nominell +12% weitaus am besten ab. Der Beitrag der Dienstleistungsunternehmen erhöhte sich in konstanten Preisen um 5%. Getragen wurde das Wachstum vor allem von den Kreditinstituten, den Versicherungsunternehmen und der Wohnungsvermietung. Die sonstigen Dienstleistungen — hierunter fallen u. a. die freien Berufe und das Gastgewerbe — mußten sich mit einer wesentlich schwächeren Zuwachsrate (+3,5%) begnügen. Außerhalb des Unternehmenssektors kam es auch 1974 wieder zu einer erheblichen Verteuerung der Leistung, was aus der Differenz zwischen realem Anstieg (+4,0%) und Wachstumsrate in jeweiligen Preisen (+15,0%) des Bereiches Staat, private Haushalte etc. deutlich hervorgeht.

Ein Blick auf die Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts läßt erkennen, daß der Außenbeitrag wie schon 1973 weiter kräftig gestiegen ist und 1974 einen realen Anteil von 5,6% (1973: 2,7%) am Bruttosozialprodukt erreichte. Absolut ausgedrückt errechnete sich für den Außenbeitrag, worunter der Saldo der Aus- und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen verstanden wird, ein Betrag von gut 38 Mrd. DM (1973: 25,3 Mrd. DM). Der weltweite Preisauftrieb hat die starke Stellung des Exports der Bundesrepublik offensichtlich nicht untergraben können, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht hat sich im Gegenteil sogar weiter verschärft. Auch der Staatsverbrauch wies wieder überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten auf. Der Verteidigungsaufwand und der Verbrauch für zivile Zwecke, letzterer macht rund fünf Sechstel des Staatsverbrauchs aus, erhöhten sich um 16% gegenüber 1973. Besonders kräftig expandierte der Personalaufwand. Neben einer gewissen Personalvermehrung schlugen hier die Anhebungen der Beamtengehälter und Angestelltenvergütungen ab Januar 1974 um 11% sowie entsprechende Erhöhungen der Arbeiterlöhne ganz erheblich zu Buche. In dieselbe Richtung wirkte auch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen in den drei Zweigen der Sozialversicherung. Der Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt stieg inzwischen auf knapp 20%.

Der Private Verbrauch der privaten Haushalte und der Organisationen ohne Erwerbscharakter nahm nominell zwar mit +7,5% noch etwas stärker zu als das gesamte Bruttosozialprodukt, die Zuwachsrate lag jedoch deutlich unter der der Vorjahre. Real gerechnet ist selbst bei einem Anstieg um nur 0,2% praktisch von einem Stagnieren zu sprechen. Insgesamt 53,7% des Bruttosozialprodukts oder 534,2 Mrd. DM wurden für Waren und Dienstleistungen des Privaten Verbrauchs ausgegeben. Besonders stark ins Gewicht fielen

dabei die Aufwendungen für Elektrizität, Gas etc. infolge der erhöhten Brennstoffpreise. Dagegen führte die Zurückhaltung der Konsumenten beim Kauf von Kraftfahrzeugen zu einer nur geringfügigen Zunahme der Ausgaben von Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke in Höhe von +3,0%. Als einziger Bereich auf der Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts gingen die Aufwendungen für Anlageinvestitionen sowohl real (-7,9%) als auch nominell (-1,7%) erstmals seit Jahren zurück. Bauinvestitionen und Ausrüstungsinvestitionen waren von dieser Entwicklung gleichermaßen betroffen. Bei den Bauinvestitionen konnte auch der starke Anstieg der staatlichen Investitionen den Rückgang im privaten und gewerblichen Bereich nicht wettmachen.

Als letzter Posten auf der Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts ist die Vorratsveränderung zu nennen, die im Berichtsjahr auf 1,3 Mrd. DM geschätzt wird. Damit wird in Preisen von 1962 die Lagerhaltung um 0,2% höher bewertet als 1973.

Wie bereits erwähnt, ist der Außenhandel trotz der ungünstigen internationalen Wirtschaftslage 1974 weiter gestiegen. Während nominell die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen um 28,1% zunahm, stieg der Export insgesamt um 30,7%. Im Warenhandel kam es zu einem Ausfuhrüberschuß von 56,6 Mrd. DM, so daß das seit 1973 beträchtlich erhöhte Defizit im Dienstleistungsverkehr von 18,3 Mrd. DM voll kompensiert werden konnte. Dabei verlief die Preisentwicklung 1974 auch im Außenhandel keineswegs günstig. Die Einfuhrpreise lagen nicht zuletzt infolge der Rohstoffverteuerung um 22% über dem Vorjahresniveau; die Ausfuhrpreise stiegen ebenfalls erheblich um 15,5%. Damit hat sich das Verhältnis der Preise für ausgeführte Waren und Dienstleistungen zu den Preisen für eingeführte Waren und Dienstleistungen, die sogenannten Terms of Trade, weiterhin verschlechtert. Hierin liegt zweifellos auch ein Grund dafür, daß sich die Güter der letzten inländischen Verwendung, und zwar Endverbrauch und Investitionen, auch 1974 wie schon 1973 stärker verteuerten als das Bruttosozialprodukt. So stieg das gesamtwirtschaftliche Preisniveau, ausgedrückt durch den Preisindex des Bruttosozialprodukts, 1974 um 6,5% (1973: 6,0%), während die Güter der letzten inländischen Verwendung um 8,5% höher bezahlt werden mußten.

Infolge der überproportionalen Entwicklung der Abschreibungen und des Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen, also der Posten, die rechnerisch den Unterschied zwischen Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen ausmachen, ist das Volkseinkommen im Berichtsjahr etwas schwächer gestiegen (+6,6%) als das Bruttosozialprodukt. Das starke Wachstum der Abschreibungen resultiert aus den gestiegenen Investitionsgüterpreisen, während sich in den nur schwach erhöhten indirekten Steuern das im Vergleich zum Vorjahr geringe Aufkommen an Gewerbesteuer und Umsatzsteuer widerspiegelt. Nach 717,2 Mrd. DM in 1973 betrug das Volkseinkommen 1974 764,4 Mrd. DM. Der Zuwachs resultiert allein aus dem Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, die sich gegenüber 1973 um 9,8% erhöhten. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gingen demgegenüber erstmals seit Jahren zurück, und zwar um 0,7%. Ein Blick auf die Verteilungsseite des Volkseinkommens zeigt, daß inzwischen die gesamtwirtschaftliche Lohnquote, also der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, auf 71,6% angewachsen ist. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als sich im Gegensatz zu 1973 im Berichtsjahr die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer weitaus stärker verringert hat als die der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß in dem Posten „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ auch die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung enthalten sind, die, wie bereits festgestellt, 1974 wegen der Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenzen ungewöhnlich stark gestiegen sind. Das Volkseinkommen je

Einwohner lag 1974 bei 12 320,— DM jährlich und damit um 6,5% über dem Stand von 1973. Bezogen auf die Erwerbstätigen stieg das Volkseinkommen im selben Zeitraum etwas stärker (8,5%). Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer lag 1974 bei monatlich 1749,— DM nach 1565,— DM in 1973; das bedeutet eine Steigerung um 11,7%. Neben den Lohn- und Gehaltsverbesserungen kommt hier die Tatsache zum Ausdruck, daß erstmals seit 1967 die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer rückläufig war; sie lag im Jahresdurchschnitt um 2,0% niedriger als im Vorjahr. Die Nachfrage- und Produktionsschwäche, die sich sowohl auf der Entstehungs- als auch auf der Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts deutlich zeigte, konnte nicht ohne entsprechende Konsequenzen am Arbeitsmarkt bleiben. Die Tendenz, die sich im Herbst 1973 abzeichnete, nämlich sinkende Anzahl offener Stellen bei gleichzeitigem Anstieg der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen, hielt das ganze Berichtsjahr über an. Gegen die Jahresmitte verlangsamte sich zwar diese Entwicklung; die Zahl der Arbeitslosen blieb aber das ganze Jahr über auf ungewöhnlich hohem Niveau und überschritt schließlich am Jahresende die magische Millionengrenze. Auffallend war auch die Entwicklung bei den gemeldeten Kurzarbeiterzahlen, die im Jahresdurchschnitt ein Mehrfaches der Werte der drei letzten Jahre betragen. Auch die Zahl der offenen Stellen nahm im 4. Quartal wieder deutlich ab. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die schwache konjunkturelle Entwicklung voll auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen und zu zahlreichen Problemen geführt hat.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik konnte nicht ohne einschneidende Auswirkungen auf die großen Städte wie München bleiben. Am deutlichsten zeigte sich dies auf dem Münchener Arbeitsmarkt. Hier kamen am Jahresende 1974 4 Arbeitsuchende auf 1 offene Stelle; ein Jahr zuvor war das Verhältnis ausgeglichen. Verhältnismäßig gut schnitt die Industrie unserer Stadt 1974 ab. Der auch dort notwendige Personalabbau wurde vorwiegend durch Einstellungssperren und Nichtersatz bei Fluktuation durchgeführt und belastete damit den Arbeitsmarkt weniger als andere Bereiche der Wirtschaft. Der Industrieumsatz konnte dank einer kräftigen Exportsteigerung sogar leicht ausgeweitet werden. Das Baugewerbe, ein wichtiger Wirtschaftszweig unserer Stadt, bekam dagegen das kühle Konjunkturklima voll zu spüren. Umsatzeinbußen und ein erheblicher Arbeitskräfteabbau waren unvermeidbar. Vor allem der Wohnungsbau war stark betroffen, so daß im Jahr 1974 in München um 14,8% weniger Wohnungen gebaut wurden als 1973. Ihre Spitzenstellung als Fremdenverkehrsmetropole hat unsere Stadt zwar im Berichtsjahr behaupten können, die Statistik weist aber auch in diesem Bereich geringere Werte aus als im Jahr zuvor. Bei den Daten zur Verkehrsentwicklung fällt auf, daß 1974 der Bestand an Kraftfahrzeugen in München erstmals seit langem leicht rückläufig war; der Flugverkehr wartet dagegen mit sehr positiven Ergebnissen auf. Bezeichnend für die allgemeine Wirtschaftslage war die hohe Zahl der Konkurse. 1974 gingen um ein Drittel mehr Firmen in Konkurs als 1973; die absolute Zahl wird mit 400 beziffert.

Die wirtschaftliche Entwicklung einer Gemeinde schlägt sich auch in deren Steuerkraft nieder, zählt doch die Gewerbesteuer neben der Grundsteuer zu den wichtigsten Gemeindesteuern. Das Steueraufkommen in unserer Stadt war im Berichtsjahr gekennzeichnet durch stark gestiegenes Aufkommen der Grundsteuer, erhöhte Einnahmen durch Lohn- und Einkommenssteuer, aber nur mehr gleichgebliebenes Gewerbesteueraufkommen. Nun wirken sich die Veränderungen der konjunkturellen Situation erst mit geraumer zeitlicher Verzögerung auf das Gewerbesteueraufkommen aus; in den nächsten Jahren ist in diesem Punkt mit weiteren Einbußen zu rechnen. Dann werden sich zusätzlich auch die Belastungen aus der Steuerreform auf die kommunalen Haushalte auswirken. *Br.*